

Marcus Schnabelrauch

Vorfragenkompetenz und Bindung bei der Auslegung steuerrechtlicher Vorschriften

Eine Untersuchung zur Vermeidung divergierender Entscheidungen im Steuer- und Steuerstrafrecht aus verfassungsrechtlicher Perspektive



Nomos



Steuerwissenschaftliche Schriften

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Lars P. Feld, Walter Eucken Institut, Freiburg i. Br.

Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Christian Waldhoff, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 76

Marcus Schnabelrauch

Vorfragenkompetenz und Bindung bei der Auslegung steuerrechtlicher Vorschriften

Eine Untersuchung zur Vermeidung divergierender
Entscheidungen im Steuer- und Steuerstrafrecht aus
verfassungsrechtlicher Perspektive



Nomos


C.H. BECK



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8066-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-2452-4 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Die vorliegende Arbeit wurde der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Sommersemester 2019 als Dissertation vorgelegt und von dieser im Wintersemester 2020 / 2021 angenommen und zum Druck freigegeben. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Ende 2020 berücksichtigt.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Hanno Kube, LL.M. (Cornell), der mir die Anfertigung dieser Arbeit ermöglicht und ihre Erstellung mit wertvollen Anregungen und einem stets offenen Ohr begleitet hat. Die sehr angenehme und in wissenschaftlicher Hinsicht besonders bereichernde Zeit werde ich stets in sehr guter Erinnerung behalten.

Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei Herrn Prof. Dr. Jan C. Schuhr, der die Erstellung des Zweitgutachtens zu dieser Arbeit übernommen hat, sowie bei Herrn Prof. Dr. Ekkehart Reimer, der den Prüfungsvorsitz in der Disputation führte. Zugleich möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Ekkehart Reimer ebenso wie bei Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld sowie Herrn Prof. Dr. Christian Waldhoff für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe „Steuerwissenschaftliche Schriften“ bedanken. Des Weiteren sei an dieser Stelle auch der SZA Schilling, Zutt & Anschütz Rechtsanwalts-gesellschaft mbH und insbesondere Herrn Dr. Hans-Georg Berg und Herrn Dr. Rolf Schmich gedankt für die mir zuteil gewordene Unterstützung während der Anfertigung der Arbeit.

Ein besonders tief empfundener Dank gilt schließlich meiner Familie, die mich stets mit allen Kräften unterstützt und mir den Weg bis zum heutigen Tage geebnet hat. Ihr ist dieses Buch gewidmet. Ganz besonders gilt dies für meine Frau Anja, die mich nicht nur bei der Erstellung der Arbeit unterstützte, sondern mir auch nach der Geburt unserer Kinder mit beeindruckender Kraft und Ausdauer die erforderliche Zeit zur Fertigstellung des Manuskripts und zur Veröffentlichung der Arbeit zugestand. Das werde ich nie vergessen.

Sinsheim, im Frühjahr 2021

Marcus Schnabelrauch

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	31
A. Einleitung	39
I. Der Anlass der Untersuchung	39
II. Die frühere Diskussion während der „Parteispendenverfahren“	41
III. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Untersuchung	44
IV. Gang der Untersuchung	49
B. Vorfragenkompetenz und Bindung	53
I. Der Begriff „Vorfragenkompetenz“	54
1. Der Begriff „Vorfrage“	54
2. Die Vorfragenkompetenz	59
II. Der Begriff „Bindung“	65
1. „Vorfragenkompetenz“ und „Bindung“ als Antonyme	66
2. Erste begriffliche Annäherung	68
3. Die Erscheinungsformen der Bindung (Bindungsformen)	77
4. Zusammenfassung: Bindungsbegriff und Bindungsformen	218
5. Bedeutung der Aussetzungsvorschriften	222
6. Zusammentreffen unterschiedlicher Bindungsformen	223
7. Exkurs: Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Rechtswegvereinheitlichung	225
III. Rückschlüsse auf die dogmatische Grundlage der Vorfragenkompetenz	227
1. Verfassungsrechtliche Verankerung der Vorfragenkompetenz?	228
2. Verankerung in den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung?	237
3. Verankerung in den Vorschriften über die freie Beweiswürdigung?	238
4. Verankerung in § 262 Abs. 1 StPO?	239
5. Verankerung in § 14 Abs. 2 Nr. 1 EGZPO?	241

Inhaltsübersicht

6. Verankerung in § 17 Abs. 2 Satz 1 GVG?	242
7. Allgemeine Folge der Zuständigkeitsvorschriften	244
IV. Rückschluss auf das Verhältnis von Vorfragenkompetenz und Bindung	247
V. Ergebnisse des Kapitels B.	249
C. Die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte im Steuerstrafrecht	253
I. Methodologischer Ansatz	253
II. Offener Wortlaut des materiellen Steuerstrafrechts	255
III. Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Finanzbehörden bzw. Finanzgerichte?	259
1. Die frühere gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung in § 433 RAO 1919	259
2. Die allgemeinen Bindungsformen im Steuerstrafrecht	279
3. Konsequenz für die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte	314
IV. Konsequenzen für die Anwendung des materiellen Steuerstrafrechts und des § 396 AO	316
1. Ausprägungen der Vorfragenkompetenz bei der Prüfung des § 370 AO	316
2. Handhabung des § 396 AO	325
V. Nachträgliche Anpassung des Strafurteils an das Finanzgerichtsurteil?	347
1. Wiederaufnahme des Verfahrens	348
2. Der Gnadenakt	352
3. Zwischenergebnis	354
VI. Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Bindung der Finanzgerichte an die Strafgerichte?	354
VII. Kritik des gesetzgeberischen Regelungskonzepts	358
1. Zum Inhalt der §§ 154d, 262 Abs. 2 StPO	359
2. Die herrschende Meinung zum gesetzgeberischen Regelungskonzept hinter § 396 AO	361
3. Eigene Ansicht: Warn- und Appellfunktion als <i>ratio legis</i> des § 396 AO	367
4. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesetzgeberischen Regelungskonzept	371
VIII. Ergebnisse des Kapitels C.	372

D. Die verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	376
I. Zur Bindung der Strafgerichte in anderen Sachbereichen mit verwaltungsrechtlichen Vorfragen	379
1. Das Umweltstrafrecht (§§ 324 bis 330d StGB)	379
2. Das übrige Kernstrafrecht	455
3. Das Nebenstrafrecht	465
4. Grundzüge strafgerichtlicher Bindung außerhalb des Umweltstrafrechts	480
5. Zwischenergebnis: Die Bindung der Strafgerichte im verwaltungsakzessorischen Strafrecht als Regelfall	481
II. Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	490
1. Der Wertungswiderspruch zwischen Steuerstrafrecht und übrigem verwaltungsakzessorischem Strafrecht als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Untersuchung	492
2. Wertungswidersprüche und Art. 3 Abs. 1 GG	500
3. Wertungswidersprüche und Art. 20 Abs. 3 GG	540
4. Zwischenergebnis: Die verfassungsrechtliche Relevanz der „Sonderrolle“ des Steuerstrafrechts	593
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der abweichenden Rechtslage im Steuerstrafrecht?	594
6. Rechtsfolge	622
7. Zwischenergebnis: Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz der Strafgerichte in Steuerstrafsachen	630
III. Ergebnisse des Kapitels D.	637
E. Reformvorschläge	638
I. Umfassender Systemwechsel	639
II. Einführung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei abweichender finanzgerichtlicher Entscheidung über die steuerrechtliche Vorfrage	640
III. Einführung einer Tatbestandswirkung des Steuerbescheids im Steuerstrafrecht	643
1. Keine Tatbestandswirkung „in Reinform“	644
2. Tatbestandswirkung und Verfahrensvoraussetzung?	644

Inhaltsübersicht

3. Tatbestandswirkung und objektiver Strafaufhebungsgrund?	646
IV. Bindung der Strafgerichte an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (§ 468 RAO 1965)?	650
V. Bindung der Strafgerichte über die materielle Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	651
VI. Bindung der Finanzbehörden und Finanzgerichte an die Strafgerichte?	651
VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung	652
1. Zuweisung der Zuständigkeit für Steuerstrafverfahren zu den Finanzgerichten?	652
2. Zuweisung der Zuständigkeit für steuerstrafrechtsrelevante Besteuerungsverfahren zu den Strafgerichten?	653
VIII. Neuartige Ansätze	655
1. Einführung eines finanzgerichtlichen „Vorabverfahrens“ über die steuerrechtliche Vorfrage in Steuerstrafsachen	655
2. Einrichtung von Spezialkammern	656
IX. Ergebnisse des Kapitels E.	661
F. Exkurs: Die Auswirkungen des Untersuchungsergebnisses auf das Verhältnis der Finanzgerichtsbarkeit zu anderen Gerichtsbarkeiten	665
I. Steuerrechtliche Vorfragen in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit	665
1. Überblick über die unterschiedlichen Konstellationen steuerrechtlicher Vorfragen in der Zivilgerichtsbarkeit	665
2. Unterschiedliche Rechtsansichten der Zivilgerichte im Hinblick auf die Vermeidung divergierender Entscheidungen	668
3. Eigene Lösung	676
4. Zwischenergebnis: Vermeidung divergierender Entscheidungen zwischen Zivil- und Finanzgerichten	694
II. Steuerrechtliche Vorfragen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	695
1. Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	695
2. Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen; verfassungskonforme Auslegung des § 94 VwGO	701
3. Ergebnis	704
III. Steuerrechtliche Vorfragen in der Sozialgerichtsbarkeit	704

Inhaltsübersicht

IV. Ergebnisse des Kapitels F.	708
G. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung	710
H. Schlussbemerkungen	721
Literaturverzeichnis	723

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
A. Einleitung	39
I. Der Anlass der Untersuchung	39
II. Die frühere Diskussion während der „Parteispendenverfahren“	41
III. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Untersuchung	44
IV. Gang der Untersuchung	49
B. Vorfragenkompetenz und Bindung	53
I. Der Begriff „Vorfragenkompetenz“	54
1. Der Begriff „Vorfrage“	54
2. Die Vorfragenkompetenz	59
a) Begriffsbestimmung	59
b) Vorfragenkompetenz als Auslegungskonkurrenz	61
c) Ausschluss der Verfahrensfragen	62
d) Abgrenzung zur Zuständigkeit	63
e) Zwischenergebnis: Vorfragenkompetenz als Regelung des materiellen Rechts	65
II. Der Begriff „Bindung“	65
1. „Vorfragenkompetenz“ und „Bindung“ als Antonyme	66
2. Erste begriffliche Annäherung	68
a) Unterschiedliche gesetzliche Begrifflichkeiten	68
b) Die Bindung als materiell-rechtlicher Rechtssatz	69
c) Vermeidung divergierender Entscheidungen; Widerspruchsverbot	71
d) Adressaten der Bindung	73
e) Das Verhältnis von Bindung zu den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung	73
f) Zwischenergebnis	76

Inhaltsverzeichnis

3. Die Erscheinungsformen der Bindung (Bindungsformen)	77
a) Materielle Rechtskraft	77
aa) Die grundsätzliche Wirkungsweise der materiellen Rechtskraft	78
(1) Das Wiederholungsverbot	79
(2) Das Widerspruchsverbot	81
(3) Insbesondere: Die objektiven und subjektiven Rechtskraftgrenzen beim Widerspruchsverbot	82
(4) Kein Widerspruchsverbot im Strafprozess	84
bb) Das Widerspruchsverbot als Einschränkung der Vorfragenkompetenz (Fernwirkung)	86
(1) Allgemeine Fernwirkung von Urteilen	86
(2) Allgemeine Grundsätze der Fernwirkung öffentlich-rechtlicher Entscheidungen	88
(3) Insbesondere: Keine Fernwirkung strafgerichtlicher Urteile	90
(4) Fernwirkung anderer Urteile im Strafrecht?	90
(5) Die Bindung von fachfremden Behörden an die materielle Rechtskraft	96
(6) Zwischenergebnis	97
cc) Vermeidung divergierender Entscheidungen	97
dd) Das Widerspruchsverbot der materiellen Rechtskraft als materiell-rechtlicher Rechtssatz (Rechtsnatur)	98
ee) Das Gesetz als Grundlage der materiellen Rechtskraft	105
ff) Verhältnis des Widerspruchsverbots der materiellen Rechtskraft zu den Aussetzungsvorschriften	107
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der materiellen Rechtskraft	112
b) Innenbindung	113
c) Bestandskraft	114
aa) Abgrenzung zur Selbstbindung der erlassenden Behörde	114
bb) Materielle Bestandskraft als Bindungsform?	115
cc) Keine Gleichsetzung von (materieller) Bestandskraft und Verbindlichkeit	118

d) Tatbestandswirkung	120
aa) Begriffsbestimmung und grundsätzliche Wirkungsweise	120
bb) Abgrenzung zur Gestaltungswirkung	123
cc) Tatbestandswirkung als Bindungsform?	125
(1) Herrschende Meinung: Tatbestandswirkung als Bindungsform	126
(2) Abweichende Ansicht: Bloßes „Anerkennenmüssen“ der Existenz des Hoheitsaktes	127
(3) Eigene Auffassung: Tatbestandswirkung als Bindungsform	129
(4) Zwischenergebnis	137
dd) Die Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	138
(1) Die Auffassung von der generellen Tatbestandswirkung von Verwaltungsakten	140
(2) Die Auffassung von der gesetzlich angeordneten Tatbestandswirkung	145
(3) Fehlende Aufarbeitung des Begriffs in der Rechtsprechung	147
(4) Die Folgen für die Untersuchung	155
(5) Eigene Auffassung	156
(6) Zwischenergebnis	167
ee) Die Tatbestandswirkung als Einschränkung der Vorfragenkompetenz	169
ff) Das Verhältnis der Tatbestandswirkung zu den Aussetzungsvorschriften	174
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der Tatbestandswirkung	175
e) Gestaltungswirkung	177
aa) Die Gestaltungswirkung als Bindungsform	177
bb) Die Gestaltungswirkung im allgemeinen und besonderen Verwaltungsrecht	179
cc) Wirkungsweise der Gestaltungswirkung	182
(1) Gestaltungswirkung und formelle Rechtskraft	182
(2) Gestaltungswirkung und materielle Rechtskraft	184
dd) Die Gestaltungswirkung als Einschränkung der Vorfragenkompetenz	187

Inhaltsverzeichnis

ee) Insbesondere: Die Gestaltungswirkung von Verwaltungsakten	188
(1) Die allgemeinen Kriterien der Abgrenzung gestaltender und feststellender Verwaltungsakte	189
(2) Die abweichende Ansicht von der Gestaltungswirkung aller Verwaltungsakte	190
(3) Stellungnahme	192
ff) Das Verhältnis der Gestaltungswirkung zu den Aussetzungsvorschriften	196
gg) Zusammenfassung zur Wirkungsweise der Gestaltungswirkung	197
f) Feststellungswirkung	199
aa) Begriff und Anwendungsbeispiele	199
bb) Keine Zugehörigkeit der Feststellungswirkung zu den Bindungsformen	201
g) Gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung	203
aa) Anwendungsbeispiele	204
(1) § 31 Abs. 1 BVerfGG	204
(2) Art. 267 AEUV	207
(3) § 16 RsprEinhG	209
(4) Bindung an die Rechtsauffassung des Revisionsgerichts, der Großen Senate und des Vereinigten Großen Senats	210
(5) Weitere Beispiele	211
bb) Gemeinsamkeiten der gesetzlich ausdrücklich angeordneten Bindungen	211
cc) Insbesondere: Grundlagenbescheide im Steuerrecht, § 171 Abs. 10 AO	212
dd) Einschränkung der Vorfragenkompetenz	214
ee) Verhältnis der gesetzlich ausdrücklich angeordneten Bindungen zu den Aussetzungsvorschriften	216
4. Zusammenfassung: Bindungsbegriff und Bindungsformen	218
5. Bedeutung der Aussetzungsvorschriften	222
6. Zusammentreffen unterschiedlicher Bindungsformen	223
7. Exkurs: Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Rechtswegvereinheitlichung	225

III. Rückschlüsse auf die dogmatische Grundlage der Vorfragenkompetenz	227
1. Verfassungsrechtliche Verankerung der Vorfragenkompetenz?	228
2. Verankerung in den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung?	237
3. Verankerung in den Vorschriften über die freie Beweiswürdigung?	238
4. Verankerung in § 262 Abs. 1 StPO?	239
5. Verankerung in § 14 Abs. 2 Nr. 1 EGZPO?	241
6. Verankerung in § 17 Abs. 2 Satz 1 GVG?	242
7. Allgemeine Folge der Zuständigkeitsvorschriften	244
IV. Rückschluss auf das Verhältnis von Vorfragenkompetenz und Bindung	247
V. Ergebnisse des Kapitels B.	249
C. Die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte im Steuerstrafrecht	253
I. Methodologischer Ansatz	253
II. Offener Wortlaut des materiellen Steuerstrafrechts	255
III. Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Finanzbehörden bzw. Finanzgerichte?	259
1. Die frühere gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung in § 433 RAO 1919	259
a) § 433 RAO 1919	261
b) Das gesetzgeberische Motiv	263
c) Die Rezeption der Vorschrift durch die Rechtsprechung	265
d) Die Weiterentwicklung der Vorschrift bis hin zum heutigen § 396 AO	271
e) Zwischenergebnis	275
2. Die allgemeinen Bindungsformen im Steuerstrafrecht	279
a) Rechtskrafterstreckung des finanzgerichtlichen Urteils?	280
aa) Rückbezug: h.M. im Strafprozessrecht contra BVerfG	280
bb) Objektive Grenzen der materiellen Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	282
(1) Grundsätzliche Erwägungen	282
(2) Keine rechtskräftige Feststellung des Steueranspruchs in Anfechtungssituationen	283

Inhaltsverzeichnis

(3) Rechtskräftige Feststellung des gerechtfertigten Steuervorteils durch Verpflichtungsklage?	287
(4) Rechtskräftige Feststellung der Steuerrechtslage durch (Zwischen-) Feststellungsklage?	288
cc) Praktische Unzulänglichkeiten der Fernwirkung finanzgerichtlicher Urteile	290
dd) Zwischenergebnis	291
b) Die Tatbestandswirkung des Steuerbescheids	291
aa) Kirchhofs Ansatz	291
bb) Die Gegenauffassung	293
cc) Stellungnahme	294
c) Sonderfall: Tatbestandswirkung sonstiger steuerrechtlich relevanter Verwaltungsakte (Grundlagenbescheide)	297
d) Die Gestaltungswirkung des Steuerbescheids	300
aa) Die ablehnende Ansicht <i>Wissers</i>	301
bb) Der Meinungsstand in der Literatur bezüglich der Gestaltungswirkung des Steuerbescheids	304
cc) Stellungnahme	306
e) Finanzbehördliche Erlaubnis mit strafbefreiender Wirkung?	311
f) Zwischenergebnis	314
3. Konsequenz für die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte	314
IV. Konsequenzen für die Anwendung des materiellen Steuerstrafrechts und des § 396 AO	316
1. Ausprägungen der Vorfragenkompetenz bei der Prüfung des § 370 AO	316
a) Allgemeine Folgerungen	316
b) Tatsächliche Verständigung; verbindliche Auskunft	318
c) Daraus resultierender „gespaltener Rechtsgüterschutz“	320
d) Folgen für die steuerrechtlichen Deklarationspflichten	322
2. Handhabung des § 396 AO	325
a) Systematische Zusammenhänge zu weiteren Aussetzungsvorschriften	325

b)	Zur Anwendung der Vorschrift; insbesondere zur Ermessensausübung	327
aa)	Grundsätzliche Anforderungen	327
bb)	Zwingende Verfahrensaussetzung bei schwierigen und ungeklärten steuerrechtlichen Vorfragen?	332
(1)	Die Auffassung von der Aussetzungsverpflichtung bei „Divergenzgeneigtheit“ der steuerrechtlichen Vorfrage	332
(2)	Die gegenteilige Ansicht der herrschenden Meinung	334
(3)	Stellungnahme	336
c)	Zwischenergebnis: Handhabung der Vorschrift in der Praxis	346
V.	Nachträgliche Anpassung des Strafurteils an das Finanzgerichtsurteil?	347
1.	Wiederaufnahme des Verfahrens	348
a)	§ 359 Nr. 4 StPO	348
b)	§ 359 Nr. 5 StPO	349
2.	Der Gnadenakt	352
3.	Zwischenergebnis	354
VI.	Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Bindung der Finanzgerichte an die Strafgerichte?	354
VII.	Kritik des gesetzgeberischen Regelungskonzepts	358
1.	Zum Inhalt der §§ 154d, 262 Abs. 2 StPO	359
2.	Die herrschende Meinung zum gesetzgeberischen Regelungskonzept hinter § 396 AO	361
a)	Eigenständiger Zweck: Vermeidung divergierender Entscheidungen	361
b)	Jedenfalls: „Ermöglichung“ der Vermeidung divergierender Entscheidungen	362
3.	Eigene Ansicht: Warn- und Appellfunktion als <i>ratio legis</i> des § 396 AO	367
4.	Kritische Auseinandersetzung mit dem gesetzgeberischen Regelungskonzept	371
VIII.	Ergebnisse des Kapitels C.	372

Inhaltsverzeichnis

D. Die verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	376
I. Zur Bindung der Strafgerichte in anderen Sachbereichen mit verwaltungsrechtlichen Vorfragen	379
1. Das Umweltstrafrecht (§§ 324 bis 330d StGB)	379
a) Überblick über die gesetzlichen Regelungen	379
b) Die Verwaltungsakzessorietät des Umweltstrafrechts	383
c) Gesetzgeberisches Motiv und Schutzgut der §§ 324 ff. StGB	384
d) Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Umweltverwaltungsbehörden	386
aa) Die Verwaltungsaktsakzessorietät	386
bb) Die Regelung des § 330d Abs. 1 Nr. 5 StGB	389
(1) Grundsätzliche Erkenntnisse aus der Vorschrift	390
(2) Einzelfragen des Tatbestands	393
(3) Insbesondere: Interpretationsvorrang der Umweltverwaltungsbehörden	397
cc) Konsequenzen aus der Bindung der Strafgerichte an Umweltverwaltungsakte	399
(1) Keine Bindung an nichtige Verwaltungsakte	399
(2) Bindung an rechtswidrige begünstigende Verwaltungsakte	400
(3) Bindung an rechtswidrige belastende Verwaltungsakte	401
(4) Bindung an nachfolgend erlassene begünstigende Verwaltungsakte?	403
dd) Zwischenergebnis	406
e) Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Verwaltungsgerichte	408
aa) Die Verwaltungsjudikatsakzessorietät gemäß § 330d Abs. 1 Nr. 4 Buchst. b) StGB und die Rezeption durch die Strafrechtsliteratur	408
bb) Eigene Auffassung: Verwaltungsjudikatsakzessorietät als Synonym für die Bindung der Strafgerichte an Verwaltungsgerichtsentscheidungen	411
(1) Die Gestaltungswirkung des Verwaltungsgerichtsurteils als Pflichtenbegründung	412

(2) Erweitertes Verständnis der Verwaltungsjudikatsakzessorietät	414
(3) Exkurs: „Mittelbare Bindung“ in Verpflichtungssituationen und Maßgeblichkeit der Verwaltungsgerichtsrechtsprechung	415
(4) Zwischenergebnis	417
cc) Bindung der Strafgerichte an vor dem Tatzeitpunkt ergangene Verwaltungsgerichtsentscheidungen	418
dd) Bindung der Strafgerichte an nach dem Tatzeitpunkt ergangene, aber rückwirkende Verwaltungsgerichtsentscheidungen	419
(1) Rechtsprechung und h.L.	421
(2) Die Gegenauffassung	424
(3) Eigene Auffassung	427
(4) Verfahrensrechtliche Konsequenzen der Bindung der Strafgerichte an verwaltungsgewaltliche Rückwirkungsfiktionen zugunsten des Täters	434
ee) Rückschlüsse auf die Reichweite der Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden	437
ff) Zwischenergebnis	438
f) Zusammenfassung: Die Bindung der Strafgerichte im Umweltstrafrecht	440
aa) Belastende Verwaltungsakte	441
bb) Begünstigende Verwaltungsakte	442
cc) Strafrechtliche Auswirkungen	443
dd) Zwischenergebnis	443
g) Dogmatische Erkenntnisse aus einem rechtsvergleichenden Blickwinkel	444
h) Ergebnisse der umweltstrafrechtlichen Untersuchungen	452
2. Das übrige Kernstrafrecht	455
a) § 85 Abs. 1 StGB, § 20 Abs. 1 VereinsG, § 109f StGB	456
b) § 109g StGB	458
c) § 123 StGB	459
d) § 132a StGB	461

Inhaltsverzeichnis

e) § 284 StGB	461
f) § 315d StGB	462
g) § 353d Abs. 1 Nr. 2 StGB	463
h) Zwischenergebnis	464
3. Das Nebenstrafrecht	465
a) Straßenverkehrsrecht	465
b) Aufenthaltsrecht	466
c) Wirtschaftsstrafrecht	468
aa) Patentrecht, Gebrauchsmusterrecht	468
bb) Markenrecht	472
cc) Gewerberecht	473
d) Weitere Vorschriften	474
4. Grundzüge strafgerichtlicher Bindung außerhalb des Umweltstrafrechts	480
5. Zwischenergebnis: Die Bindung der Strafgerichte im verwaltungsakzessorischen Strafrecht als Regelfall	481
II. Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	490
1. Der Wertungswiderspruch zwischen Steuerstrafrecht und übrigen verwaltungsakzessorischem Strafrecht als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Untersuchung	492
a) Der Begriff „Wertungswiderspruch“	492
b) Die Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht als Wertungswiderspruch innerhalb des verwaltungsakzessorischen Strafrechts	497
c) Der verfassungsrechtliche Prüfungsmaßstab für Wertungswidersprüche	499
2. Wertungswidersprüche und Art. 3 Abs. 1 GG	500
a) Der Wertungswiderspruch als Ungleichbehandlung	502
aa) Die Systemwidrigkeit	502
(1) Inhalt und Bedeutung in der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung	502
(2) Abgrenzung zur Sachgerechtigkeit	505
(3) Bedeutung für den Untersuchungsgegenstand	507
bb) Das Folgerichtigkeitsgebot	509
(1) Inhalt und Verhältnis zur Systemwidrigkeit	509
(2) Anwendung des Folgerichtigkeitsgebots außerhalb des Steuerrechts?	517

cc) Zwischenergebnis	520
b) Wertungswiderspruch und Vergleichsgruppenbildung	521
aa) Systemabweichung als Erleichterung der Vergleichsgruppenbildung in normativ geprägten Regelungsbereichen	521
bb) Wertungswiderspruch und Vermeidung divergierender Entscheidungen	525
(1) Keine Ungleichbehandlung bei divergierenden Entscheidungen im Einzelfall	525
(2) Potentielle Ungleichbehandlung bei divergierenden gesetzlichen Regelungskonzepten zur Vermeidung divergierender Entscheidungen	527
(3) Einzelne Ausformungen dieser potentiellen Ungleichbehandlung	528
cc) Zwischenergebnis	531
c) Der sachbereichsübergreifende Wertungswiderspruch als Ungleichbehandlung?	531
d) Zwischenergebnis	539
3. Wertungswidersprüche und Art. 20 Abs. 3 GG	540
a) Die Rechtsprechung des BVerfG zur Normenklarheit	541
b) Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	542
aa) Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung nach Maßgabe der Entscheidungen BVerfGE 98, 83 und BVerfGE 98, 106	543
bb) Einordnung und Bedeutung der Entscheidungen für den Untersuchungsgegenstand; Problemschwerpunkte	544
cc) Das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung als Verfassungsinhalt?	549
(1) Die ablehnende Auffassung	550
(2) Die befürwortende Auffassung	554
(3) Eigene Auffassung	556
dd) Tatbestandliche Einschränkungen des Gebots der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	564
(1) Begrenzung auf Normwidersprüche?	565
(2) Strenge Prüfung des Vorliegens eines Wertungswiderspruchs	569
(3) Begrenzung auf Bund-Länder-Konflikte?	570

Inhaltsverzeichnis

(4) Anwendung des Gebots der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung auf divergierende Entscheidungen verschiedener Hoheitsträger?	579
(5) Zulässigkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigungsprüfung?	589
(6) Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	590
c) Zwischenergebnis	592
4. Zwischenergebnis: Die verfassungsrechtliche Relevanz der „Sonderrolle“ des Steuerstrafrechts	593
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der abweichenden Rechtslage im Steuerstrafrecht?	594
a) Allgemeine Anforderungen	595
b) Nichtvorliegen eines hinreichenden Rechtfertigungsgrundes für die Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	597
aa) Unzulänglichkeit der Gesetzesbegründung zu § 396 AO	597
bb) Rechtfertigung wegen sachbereichsspezifischer Unterschiede?	598
(1) Unterschiedliche Struktur der Regelungsbereiche?	598
(2) Unterschiedliches Regelungsziel der Regelungsbereiche?	607
(3) Zwischenergebnis	610
cc) Kein Vertrauensschutz für rechtsmissbräuchliche Verhaltensweisen?	611
dd) Erforschung der materiellen Wahrheit im Strafprozess	612
ee) Kein in sich schlüssiges Regelungskonzept des Steuerstrafrechts	614
ff) Die Effektivität der Strafrechtspflege	615
(1) Kein genereller Rechtfertigungsgrund	616
(2) Besondere Schutzbedürftigkeit des Schutzguts im Steuerstrafrecht?	617
(3) Abgrenzung zur Rechtsgutsbestimmung	619
(4) Besondere Bedeutung des Beschleunigungsgrundsatzes im Steuerstrafrecht?	620

(5) Öffentlichkeitswirksamkeit des Steuerstrafrechts?	621
(6) Zwischenergebnis	622
c) Zwischenergebnis	622
6. Rechtsfolge	622
a) Vorrang der verfassungskonformen Auslegung	622
b) Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG	625
c) Verstoß gegen das Gebot der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung, Art. 20 Abs. 3 GG	629
7. Zwischenergebnis: Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz der Strafgerichte in Steuerstrafsachen	630
III. Ergebnisse des Kapitels D.	637
E. Reformvorschläge	638
I. Umfassender Systemwechsel	639
II. Einführung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei abweichender finanzgerichtlicher Entscheidung über die steuerrechtliche Vorfrage	640
III. Einführung einer Tatbestandswirkung des Steuerbescheids im Steuerstrafrecht	643
1. Keine Tatbestandswirkung „in Reinform“	644
2. Tatbestandswirkung und Verfahrensvoraussetzung?	644
3. Tatbestandswirkung und objektiver Strafaufhebungsgrund?	646
IV. Bindung der Strafgerichte an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (§ 468 RAO 1965)?	650
V. Bindung der Strafgerichte über die materielle Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	651
VI. Bindung der Finanzbehörden und Finanzgerichte an die Strafgerichte?	651
VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung	652
1. Zuweisung der Zuständigkeit für Steuerstrafverfahren zu den Finanzgerichten?	652
2. Zuweisung der Zuständigkeit für steuerstrafrechtsrelevante Besteuerungsverfahren zu den Strafgerichten?	653

Inhaltsverzeichnis

VIII. Neuartige Ansätze	655
1. Einführung eines finanzgerichtlichen „Vorabverfahrens“ über die steuerrechtliche Vorfrage in Steuerstrafsachen	655
2. Einrichtung von Spezialkammern	656
IX. Ergebnisse des Kapitels E.	661
F. Exkurs: Die Auswirkungen des Untersuchungsergebnisses auf das Verhältnis der Finanzgerichtsbarkeit zu anderen Gerichtsbarkeiten	665
I. Steuerrechtliche Vorfragen in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit	665
1. Überblick über die unterschiedlichen Konstellationen steuerrechtlicher Vorfragen in der Zivilgerichtsbarkeit	665
2. Unterschiedliche Rechtsansichten der Zivilgerichte im Hinblick auf die Vermeidung divergierender Entscheidungen	668
a) Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz in Schadensersatzangelegenheiten	668
b) Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz und Umsatzsteuerrecht	671
c) Zwischenergebnis	676
3. Eigene Lösung	676
a) Grundsätzliche Herangehensweise	676
b) Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	677
aa) In Schadensersatzfällen	677
bb) In Umsatzsteuerfällen	678
cc) Allgemeine Anwendung dieser Grundsätze?	680
c) Zivilgerichtliche Vorfragenkompetenz bei anderen rechtswegfremden Vorfragen	682
d) Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen	685
e) Zur verfassungskonformen Auslegung im verwaltungsakzessorischen Zivilrecht	688
4. Zwischenergebnis: Vermeidung divergierender Entscheidungen zwischen Zivil- und Finanzgerichten	694
II. Steuerrechtliche Vorfragen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	695
1. Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	695
a) Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte bei den Realsteuern	696

b) Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte im Beamtenrecht	698
c) Bindung der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte bei sozialrechtlichen Vorfragen	700
d) Die Bedeutung des § 110 Abs. 1 Satz 2 FGO	700
2. Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen; verfassungskonforme Auslegung des § 94 VwGO	701
3. Ergebnis	704
III. Steuerrechtliche Vorfragen in der Sozialgerichtsbarkeit	704
IV. Ergebnisse des Kapitels F.	708
G. Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung	710
H. Schlussbemerkungen	721
Literaturverzeichnis	723

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AO-StB	AO-Steuer-Berater
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
AsylG	Asylgesetz
AtomG	Atomgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAFöG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BApO	Bundes-Apothekerordnung
BauGB	Baugesetzbuch
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayLfSt	Bayerisches Landesamt für Steuern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Abkürzungsverzeichnis

BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck Online Rechtsprechung
BeckVerw	Verwaltungsanweisungen-Datenbank beck-online
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BKleingG	Bundeskleingartengesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BörsG	Börsengesetz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BSG	Bundessozialgericht
BsGaV	BetriebsstättenGewinnaufteilungsverordnung
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern
bzw.	beziehungsweise
ChemG	Chemikaliengesetz
ChemVerbotsV	Chemikalien-Verbotsverordnung
CWÜAG	Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen

CWÜV	Ausführungsverordnung zum Chemiewaffenübereinkommen
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DepotG	Depotgesetz
ders.	derselbe
DesignG	Designgesetz
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Doppelbuchst.	Doppelbuchstabe
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStR-Beih.	Deutsches Steuerrecht – Beihefter
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DtRHIG	Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EGZPO	Gesetz, betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWR-Abkommen	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
f. / ff.	folio / folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GAufzV	Gewinnabgrenzungsaufzeichnungs-Verordnung
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz

Abkürzungsverzeichnis

GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GenTG	Genstechnikgesetz
GewArch	Gewerbearchiv – Zeitschrift für Wirtschaftsverwaltungsrecht
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	Die GmbH-Rundschau
GrEStG	Gründerwerbsteuergesetz
GrStG	Grundsteuergesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GÜG	Grundstoffüberwachungsgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HAG	Heimarbeitsgesetz
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammern
IHKG	Industrie- und Handelskammergesetz
IStR	Internationales Steuerrecht
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JStG	Jahressteuergesetz
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KAG BW	Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KG	Kammergericht
Komm.	Kommentar
KÖSDI	Kölner Steuerdialog
KritJ	Kritische Justiz
KrWaffG	Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz

KSchVO	Kündigungsschutzverordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LBesG BW	Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg
LBO BW	Landesbauordnung Baden-Württemberg
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LPlG BW	Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVwVfGe	Landesverwaltungsverfahrensgesetze der Länder
LVwVG BW	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Baden-Württemberg
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MwStR	Mehrwertsteuerrecht
MwStSystRL	Mehrwertsteuersystemrichtlinie (RL 2006/112/EG)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungs-Report
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
öAVOG	österreichisches Aufgabenverwaltungsorganisationsgesetz
öBAO	österreichische Bundesabgabenordnung
öBGBl.	österreichisches Bundesgesetzblatt

Abkürzungsverzeichnis

öFinStrG	österreichisches Finanzstrafgesetz
öStPO	österreichische Strafprozessordnung
OFD	Oberfinanzdirektion
OGH	Oberster Gerichtshof der Republik Österreich
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
ParteiG	Parteiengesetz
PatG	Patentgesetz
PatV	Patentverordnung
PflSchG	Pflanzenschutzgesetz
ProstG	Prostitutionsgesetz
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
RAO	Reichsabgabenordnung
RennwLottG	Rennwett- und Lotteriegesetz
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
rkr.	rechtskräftig
RL	Richtlinie
ROG	Raumordnungsgesetz
Rpflieger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtsache
Rspr.	Rechtsprechung
RsprEinhG	Rechtsprechungs-Einheitlichkeitsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
Rz.	Randzahl
r+s	Recht und Schaden
S.	Seite
SchauHV	Schaustellerhaftpflichtverordnung
SchwarzArbG	Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
SG	Soldatengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SprengG	Sprengstoffgesetz
StAuskV	Steuer-Auskunftsverordnung
StBerG	Steuerberatungsgesetz
Stbg	Die Steuerberatung
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung

StuW	Steuer und Wirtschaft
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StZG	Stammzellgesetz
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
TierGesG	Tiergesundheitsgesetz
TVG	Tarifvertragsgesetz
UKG	Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz
UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass
u.w.	und weitere
v.	von/vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VereinsG	Vereinsgesetz
VermG	Vermögensgesetz
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WDO	Wehrdisziplinarordnung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiStG	Wirtschaftsstrafgesetz 1954
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WoBindG	Wohnungsbindungsgesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
z. B.	zum Beispiel

Abkürzungsverzeichnis

ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
zust.	zustimmend
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess